

LESERBRIEFE

Für eine Lese-Pflicht

Ich erlebe die Diskussionen um das Covid-Gesetz als schwierig. Denn sehr viele der Nein-Sager haben sehr gute Gründe – nur haben diese meist nichts mit dem Covid-Gesetz zu tun. Ich bin deshalb immer noch gegen eine Impfpflicht, aber ich bin inzwischen für eine Lese-Pflicht. Es müssten alle Stimmbürger vorgängig nachweisen, dass sie

sowohl das Covid-Gesetz als auch das Epidemien-Gesetz selber gelesen haben. Wer die beiden Gesetze gelesen hat, darf selbstverständlich auch überzeugt Nein stimmen. Nur würden das wohl sehr wenige tun.

*Gaudenz Zemp, Kantonsrat FDP,
Horw, Direktor KGL*

Ernstere Folgen für Tourismus

Auch wenn ich schon länger nicht mehr direkt im Tourismus verankert bin, stehen mir Tourismus und Gastronomie sehr nahe. Daher verfolge ich mit grossen Bedenken die Diskussion um die Abstimmung zum erweiterten Covid-Gesetz. Man kann es nicht wegdiskutieren: Ein Nein wird einschneidende Folgen für den Tourismus haben. Für mich sind zwei Themen entscheidend:

Da sind einerseits die Härtefallgelder, die im März 2021 ausgeweitet wurden, und man damit die benötigte Unterstützung für eine breite Anzahl Betriebe gewähren konnte, auch solchen, die zuvor aufgrund einer Lücke durch die Maschen gefallen waren. Davon gab und gibt es in der Branche Tourismus unzählige. Vielerorts ist die Lage nach wie vor angespannt. Bei einem Nein fallen diese finanziellen Hilfsmittel weg.

Der zweite Punkt betrifft die Reisefreiheit. Fällt das Covid-Zertifikat, ist

sicher unsere eigene Reisemöglichkeit mehr als eingeschränkt, aber vor allem auch jene der ausländischen Gäste. Ohne Zertifikat kann und wird es in der Schweiz wieder Lockdowns geben, betroffen wären allen voran die Gastro- und Tourismusbetriebe. Ebenfalls wäre die Grundlage für die Anerkennung des EU-Zertifikats nicht mehr gewährleistet. Man kann die EU als Konstrukt ablehnen, aber – zugegeben – ganz Europa ist doch ein wunderbares Reisegebiet, und seine Einwohner sind herzlich willkommene Gäste in der Schweiz. Bei einem Nein ist die sich langsam erholende Tourismusbranche mehr als gefährdet.

Daher ist für mich ein Ja zum Covid-Gesetz eine klare Sache, es sichert die finanziellen Hilfen und gibt der Tourismus- und Gastrobranche einen positiven Blick in die Zukunft.

*Irene Keller, Kantonsrätin FDP,
Vitznau (ehemals Hotel Vitznauerhof)*

Weltfremde Justizinitiative schafft «Lotterie-Richter»

Das in der Justizinitiative vorgeschlagene Losverfahren anstelle einer Wahl durch das eidgenössische Parlament verstösst meines Erachtens fundamental gegen unser Verständnis der direkten Demokratie, in welcher alle Macht vom Volk ausgeht. Deshalb ist es richtig, dass unsere höchsten Richterinnen und Richter weiterhin durch das Parlament gewählt werden. Durch den Losentscheid würde das Volk komplett entmachtet. Es besteht zudem die Gefahr, dass dadurch eine abgehobene,

technokratische Richterkaute entsteht. Das Schweizerische Bundesgericht genießt in der Bevölkerung zu Recht ein sehr hohes Vertrauen. Seine Urteile haben eine sehr hohe Akzeptanz und werden ohne Murren akzeptiert! Mit der Schaffung von «Lotterie-Richtern» wird diese Akzeptanz leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Sagen Sie deshalb ebenfalls Nein zur weltfremden Justizinitiative!

*Ludwig Peyer,
Kantonsrat Die Mitte, Willisau*

Die Grenzen der eigenen Freiheit

Noch nie wurde derart häufig aufgrund von Falschinformationen, Verschwörungsmythen und Missverständnissen gegen ein demokratisch verabschiedetes Gesetz demonstriert. Ich müsste Seiten dieser Zeitung füllen, um jede Falschinformation richtigzustellen, aber eine ist mir ganz besonders wichtig: Die Massnahmengegner stellen den Bundesrat für das Covid-Gesetz an den Pranger. Tatsache ist aber, dass das Parlament dieses Gesetz beschlossen hat. Und zwar

nicht, um dem Bundesrat diktatorische Vollmachten an die Hand zu geben. Sondern im Gegenteil, um klare Regeln und Schranken zu definieren. Deshalb stimmt auch die Mehrheit der SVP-Fraktion dem Covid-Gesetz im Parlament zu.

Freiheit ist zweifellos ein hohes Gut, aber sie funktioniert nur mit Verantwortung für die Mitmenschen. Meine persönliche Freiheit endet dort, wo die Freiheit anderer beginnt. Unsere Verfassung setzt der persönlichen Freiheit

somit auch Grenzen. Niemand von uns kann tun und lassen, was er oder sie will. Das war schon immer so. Die Pandemie ist eine traurige Realität, da können wir nicht einfach willkürlich deren Ende erklären und sämtliche Massnahmen aufheben. Wer ein klares Zeichen für Vernunft und ein gesellschaftliches Miteinander setzen will, stimmt Ja zum Covid-Gesetz.

*Damian Müller,
Ständerat FDP, Hitzkirch*

Freiheiten geniessen – dank Zertifikat

Vor einem Jahr wurde die Fussballsaison im Amateurbereich vorzeitig unterbrochen. Die Saison der Hallensportler wurde erst gar nicht angepfiffen. Weihnachtessen, Turnerabende, Jassturniere, Fasnachtsveranstaltungen und Generalversammlungen konnten nicht durchgeführt werden. Selbst wenn es nicht ein offizieller Lockdown war, so war unser gesellschaftliches Leben doch massiv eingeschränkt. Dank den

Impfungen und dem Covid-Zertifikat besitzen wir heute die Mittel, all diese Freiheiten wieder zu geniessen. Auch Reisen, grosse Veranstaltungen oder Konzerte sind wieder möglich.

Wird das Covid-19-Gesetz am 28. November abgelehnt, machen wir einen klaren Rückschritt. Es drohen wieder Absagen von Anlässen, Schliessungen von Restaurants und Einschränkungen von Sportveranstaltungen. Wir

müssen in dieser Pandemie Verantwortung übernehmen und einschneidende Massnahmen wie Lockdowns oder verschärfte Quarantänemassnahmen verhindern. Ich setze mich klar für das Covid-19-Gesetz ein, weil es die beste Lösung ist, trotz Pandemie Freiheiten zu geniessen.

*Andreas Bärtschi,
Kantonsrat FDP, Altishofen*

Frei bleiben

Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, genau diese drei Schlagwörter beschreiben die wichtigsten Schweizer Grundwerte kurz und prägnant. Seit jeher kämpfen wir dafür, um diese Werte zu verteidigen. Wir sind nämlich momentan im Begriff die Freiheit abzuschaffen, ohne dass wir es merken.

Erst kürzlich konnte zum Glück das Rahmenabkommen mit der EU vorerst verhindert werden und die Schweiz hat damit gezeigt, dass sie frei bleiben will und weiterhin ihre Souveränität behält. In den vergangenen zwei Jahren während der Coronakrise beschäftigten uns ganz neue Themen. Wir sprechen von «freiwilligen» Impfungen, Einschränkungen für die Wirtschaft, Spaltung der Gesellschaft durch Zertifizierung der Menschen wie Handelsware.

Es gibt Leute, die sprechen davon, ihre Freiheit mit dem Zertifikat zum Teil wieder zurückgewonnen zu haben. Doch was ist das für eine Freiheit? Das Zertifikat bietet keine Freiheit, es schränkt ein, es diskriminiert, es spaltet die Gesellschaft, es drängt Menschen zur Impfung. Unsere Grundwerte

werden vom Bundesrat beschnitten, die Grundrechte der Verfassung ausgehebelt.

Die angeborenen Freiheitsrechte werden plötzlich an willkürliche Bedingungen geknüpft. Freiheit ist etwas, das man hierzulande mit in die Wiege gelegt bekommt und sich nicht erkaufen oder erimpfen muss. In den neusten Anpassungen im Covid-19-Gesetz steht: «Der Bundesrat legt die Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens fest.» Das darf auf keinen Fall so kommen. Wir wollen frei bleiben in all unseren Entscheidungen. Wir alle lieben unsere Freiheit, unsere Unabhängigkeit und unsere Selbstbestimmung und haben die gleichen Rechte. Am 28. November geht es um einen Grundsatzentscheid. Wollen wir dem Bundesrat noch mehr Macht zugestehen? Nein! Deshalb Nein zum Covid-19-Gesetz.

*Cornelia Birrer-Kirchhofer,
Grosswangen, Vize-Präsidentin SVP
Kanton Luzern*

80 Zeilen pro Leserbrief

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe können, müssen aber nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen zu 34 Anschlägen beschränken (2700 Zeichen). Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen.

Beiträge mit persönlichen Attacken und ehrverletzenden oder kreditschädigenden Äusserungen werden nicht veröffentlicht.

Es werden nur Beiträge aufgenommen, deren Absender mit vollständigem Vor- und Nachnamen und vollständiger Adresse (Strasse, Wohnort) versehen sind.

Redaktion Willisauer Bote

BRIEF

aus dem Nationalrat



Priska Wismer-Felder
Die Mitte,
Rickenbach

Liebe Leser:innen
Falls Sie das Wort Corona und Covid-19-Gesetz nicht mehr hören können (ich sage Ihnen: dafür hätte ich volles Verständnis), dann blättern Sie einfach

Alle Parteien haben Ja gesagt

weiter und suchen Sie sich einen Artikel in dieser Zeitung, der Sie erfreut und bei Ihnen gute Laune hervorruft. Ursprünglich habe ich mir nämlich genau das vorgenommen: einen Brief aus dem Nationalrat zu schreiben, der aufbaut und vielleicht die angespannte Stimmung etwas lockert. Gelungen ist es mir nicht, und nach mehreren missglückten Versuchen bin ich halt wieder

bei den oben genannten Reizwörtern gelandet. Weil es mich sehr beschäftigt – und Sie vielleicht auch.

Im letzten Frühling durfte ich meinen letzten Brief aus Bern für diese Zeitung schreiben. Ich habe darin beschrieben, wie wir während der Frühjahrssession über das Covid-Gesetz intensiv debattiert und diskutiert haben. Es war eine mehrstündige Debatte, die einmal erst nachts um 1.00 Uhr endete und sich insgesamt über drei Wochen hinweg zog. Alle Parteien haben intensiv und engagiert mitberaten und zahlreiche Anträge eingebracht. Zum Abschluss der Diskussionen über die Änderungen im Covid-19-Gesetz hat sich die Kommissionssprecherin, welche Mitglied der SVP ist, für die intensive Debatte und das Finden von Kompromissen auf sympathische Art und Weise bedankt. Sie erwähnte zudem, dass sie überzeugt sei, dass das, was als Lösung auf dem Tisch liege, breit abgestimmt sei und die Grundlage für die Unterstützung der wirtschaftlich Betroffenen gebe. Das war am 18. März. Dem Gesetz wurde einen Tag später in der Schlussabstimmung mit grosser Mehrheit, nämlich mit 169 zu 13 Stimmen bei 13

Enthaltungen zugestimmt. Alle Parteien haben zu diesem hart ausgehandelten Gesetz Ja gesagt – alle!

Wieso schreibe ich schon wieder über diese Beratungen? Vielleicht sagen Sie sich, das ist doch alles alter Kaffee von gestern. Am 28. November stimmen wir über genau diese dringliche Gesetzesrevision ab. Nun muss ich mit Unverständnis und Enttäuschung mitansehen, wie sich eine Partei aus diesem hart erkämpften Kompromiss herauschleicht. Mehr noch: sie redet ihn schlecht und kämpft mit voller Wucht gegen genau das, was sie vor neun Monaten noch unterstützt hat. Statt zu erklären, was dieses umfassende Gesetz tatsächlich beinhaltet, schießt die Partei mit wenigen und zudem unzutreffenden Schlagwörtern dagegen. Ich frage mich ernsthaft, was die Partei dazu bewegen hat, ihre Meinung um 180 Grad zu drehen. Ist es Kalkül? Ist es Stimmenfang? Ist es Wahlkampf? Oder ist es einfach die Lust am Opponieren?

Ich bin der festen Überzeugung, dass es unsere Pflicht und Aufgabe als Parlamentarier ist, die Gesetze intensiv,

kontrovers und engagiert zu beraten. Dabei müssen Lösungen gesucht werden, von denen wir überzeugt sind, dass sie für unsere Bevölkerung die besten sind. Wir tun dies, wie im Fall des Covid-19-Gesetzes, während vieler Stunden, lassen uns dabei von Experten beraten, wägen Vor- und Nachteile ab und suchen einen gangbaren Kompromiss. Das ist aber nur ein Teil unserer Arbeit.

Der zweite Teil der Arbeit ist es, diesen Weg der Bevölkerung aufzuzeigen und zu erklären. Schliesslich hatten die wenigsten Menschen in unserem Land das Privileg, sich so intensiv mit dem Dafür und dem Dawider auseinanderzusetzen. Es bedarf Erklärungen und Ausführungen, was Inhalt des Gesetzes ist, was mit den einzelnen Artikeln gemeint ist und wie sie sich tatsächlich auswirken. Das lässt sich nicht mit wenigen Schlagworten erledigen. Dafür braucht es Zeit, Offenheit und klärende Gespräche. Ich merke, dass viele Menschen der festen Überzeugung sind, mit einer Ablehnung des Covid-Gesetzes können sie einschränkende Massnahmen aufheben. Sie denken, danach wäre zum Beispiel ein sorgenfreier

Gang ins Restaurant für alle wieder möglich. Doch diese Meinung ist falsch. Eine Ablehnung würde mit grösster Wahrscheinlichkeit mehr Einschränkungen und strengere Massnahmen bedeuten. Wir würden nicht neue Freiheiten dazugewinnen, sondern im Gegenteil heute ermöglichte Veranstaltungen und Feste erneut verhindern.

Ich wünsche mir Politiker und Parteien, die auch diesen zweiten Teil der Arbeit angehen und so dazu beitragen, dass in schwierigen Situationen ein gemeinsamer Weg gefunden und gegangen werden kann. Wir leben in einer einzigartigen Demokratie mit vielen unterschiedlichen Meinungen und Ansichten. Darauf sind wir stolz und niemand von uns möchte dies missen. Ich zähle dabei auf Politiker, welche ihre getroffenen Entscheidungen auch vor der Bevölkerung vertreten, wenn es etwas unbequem wird. Eine Bemerkung noch zum Schluss: Würden wir in einer Diktatur leben, könnten wir nicht bereits zum zweiten Mal über das Covid-Gesetz abstimmen. Nehmen Sie Ihr Stimmrecht wahr und stimmen Sie am 28. November Ja zu den Änderungen des Covid-19-Gesetzes.